



Wichtig wegzufassen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialisten, der Deutschen und Bayerischen Volkspartei und Komunisten abgelehnt. Es ist nicht verwunderlich, daß die Abstimmungen sich entlos hingezogen, wenn im Ausschuss Fragen aufgeworfen werden, die mit dem Etat nichts zu tun haben, und praktisch ohne Bedeutung sind. Rechte und äußerste Linke sollten sich endlich daran erinnern, daß Zeit und Politik grundsätzlich verschiedene Dinge sind. Es war eine Enttäuschung, daß der Abg. Weigand bei dem Kapitel Arbeitslosenunterstützung zur Sozialisten zurückkehrte. Er forderte, daß besonders begabte Kinder und Kinder-Gebaltener vortrag aufgenommen werden, Fragen des Handwerkerstudiums richtig und der Schwachbegabten können dort auch behandelt werden. Das Recht müßte die Anstalten selbst übernehmen, jedenfalls müßte sein Einfluß noch gestärkt werden. Er befragte eine Entschädigung, daß die Anstalten zu Schul- und Erziehungszwecken übernommen werden. Der Antrag wurde angenommen, gleichzeitig ein Antrag auf Abbau der Anstalten. Weigand führte weiter aus, daß eine Schulreform ein Hilfsmittel bedeuten würde. Sehr wichtig sei die Gründung eines Reichskulturrats. Aus den Mitteln des Staatsprekars war zu entnehmen, daß eine Schulreform vorläufig nicht geplant sei, man wolle für bestimmte Fragen kleine Konferenzen einberufen. — Im Verlauf der Beratungen richtete der Deutsche Beamtenbund, der politisch immer radikalere wurde und deshalb nicht unterstellt werden dürfe. Minister Rath stellte demgegenüber die politische Neutralität des Beamtenbundes fest.

### Entschließung des Deutschen Bergarbeitersverbandes.

WTB. Berlin, 15. Januar. Der fast 500 000 Mitglieder zählende Verband der Bergarbeiter Deutschlands hat einleitend folgende Entschließung angenommen. Die am 15. Januar in Berlin tagende Konferenz des Gesamtverbandes und der Bezirksvereinigungen des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands macht die der Bergarbeiter-Internationale angehörenden Bergarbeiterverbände in Frankreich, Belgien und Großbritannien sowie die Leiter der Allgemeinen Gewerkschafts-Internationale in Amsterdam dringend darauf aufmerksam, daß nach Ablauf des Abkommens von Spa über die Kohlenlieferungen Deutschlands von uns eine noch höhere Lieferung gefordert wird und außerdem die 5 Gold-Markprämie nicht mehr bezahlt werden soll. Dagegen müssen wir ein entschiedenes protestieren. Der Kohlenmangel in Deutschland ist jetzt weit größer als in den anderen Industriestaaten. Die Erfüllung des Spa-Abkommens war nur möglich durch eine ausgedehnte Umverteilung der deutschen Bergarbeiter. Diese erzielten heute sechs Stunden wöchentlich als noch dem Beschluß der internationalen Arbeitskonferenz in Washington zufolge. Die gefährdete Gesundheit der Bergarbeiter verlangt gütlicher als den Abbau der Überlebensfrist, während von uns noch höhere Kohlenlieferungen gefordert werden. Der Fortfall der Röntgenstrahlungsprämie, mit der die Verbesserung der Ernährung der Bergarbeiter befohlen wird, würde ihren Ernährungszustand verschlechtern, daher ein unannehmbare Mäßigung der Leistungsabgabe zu bestehen, die tief unter den Weltmarktpreisen liegen. Dadurch entstehen der deutschen Volkswirtschaft fünf Milliarden Verluste. Wir bitten die Kameraden in der Bergarbeiter- und in der großen Gewerkschafts-Internationale, uns energisch zu unterstützen in dem Bemühen, zu einem Kohlenabkommen zu kommen, das nicht die deutsche Bergarbeiterschaft nicht noch stärker belastet, sondern human entlastet und der deutschen Volkswirtschaft eine Lebensmöglichkeit gibt.

### Die Resolution der Finanzminister zur Befolgungsvorlage.

Die Vertreter der Länder haben über das Ergebnis der Verhandlungen, die die Reichsregierung mit den Beamtenorganisationen über eine weitgehende Erhöhung der Teuerungszulage geführt hat, beraten. Die Vertreter der Länder haben gegen die in diesen Verhandlungen getroffene Verabredung, die für die Länder von schwerwiegenden Folgen begleitet ist, erste Bedenken. Wenn sie gleichwohl bereit sind, ihr zustimmen, dann geschieht das unter folgenden Bedingungen:

- 1. Die durch die bisherige Verabredung veranlaßte Mehreinnahme ist eine Obergrenze, über die unter keinen Umständen hinausgegangen werden darf;
- 2. Die Deckung der durch die Erhöhung der Teuerungszulage dem Reich, den Ländern und den Gemeinden erwachsenden Ausgaben erfolgt durch den Ertrag neuer Steuern und sonstiger neuer Einnahmen. Diese Steuern und Einnahmen sind in demselben Gesetz festzulegen, durch das die Ausgabe bewilligt wird. Bis zum Erliegen der neuen Einnahmen sind die Länder und Gemeinden durch die Erhöhung der Teuerungszulage erwachsenden Ausgaben durch das Reich zu ersetzen.

### Ein eigenartiger Landesverband.

Durch die Presse ging kürzlich die Nachricht, es habe sich in Polen ein Landesverband der Deutschen demokratischen Partei gebildet. Bei der Reichsgeschäftsstelle und beim „Hausdruck“ war davon nichts bekannt. Wie wir feststellten, hat es mit dem Namen des Reichsanwalts „Lanzelot“, den früheren Vorsitzenden des demokratischen Landesverbandes Polen Mißbrauch getrieben worden; er kennt ihn gar nicht und würde eine solche Gründung als einen Zerplitterungsverlust der deutschen Kräfte in Polen verwerfen. Von anderer zuverlässiger Seite wird uns mitgeteilt, daß der sogenannte Landesverband sehr bis zwölf Mitglieder habe, ein Hauptmader, der „Spinluis“ Großhändler, sei aus der Zentralarbeitsgemeinschaft ausgeschlossen worden, weil er zwei Briefe an polnische Studenten geschrieben hätte, um sie zur Störung deutscher Besammlungen aufzuwecken. Wir müssen vor dieser Gründung dringend warnen. Hinter dem „Landesverband der Deutschen demokratischen Partei“ verbergen sich offenbar Landungen, die gegen das Deutschtum zugunsten der Polen arbeiten.

### Gründung eines Welfenabteilungsbüros

Der Volksgruppenrat hat in Göttingen, derzeitiger Leiter der kommunalen Deputierten in Kassel, hat ein neues Fernbenutzungsverzeichnis auf Grund der Fingerabdrücke begonnen. Er hat ein Generalregister zunächst für die bürgerliche Klasse ausgearbeitet, auf Grund dessen jeder Volksbeamte in drei Züge ist, einen selbstgenommene Verzeichner sofort an Ort und Stelle nach seinen Fingerabdrücken zu identifizieren, wenn er in dem Register eingetragen ist. Dieses Register besteht darin, daß in einer

von der Sprache ganz unabhängigen Form die Fingerabdrücke und andere Merkmale durch Zahlen in der Weise beschriftet werden, daß sie mit aller Sicherheit aus dem besonders gruppierten Register wieder herausgefunden werden können. Die Erfolge haben Göttingen ermutigt, dieses Verfahren in den Dienst zur Bekämpfung des internationalen Verbrechenwesens zu stellen. Zu diesem Zwecke hatte er den Leiter der dänischen politischen Agenten in Berlin, Dr. Schneider, sowie den Oberpostinspektor Raut in Kopenhagen zum Studium und zur Begutachtung dieses Verfahrens eingeladen. Beide haben sich von der Brauchbarkeit des Verfahrens überzeugt und werden die Bestimmungen zur Bekämpfung des internationalen Verbrechenwesens mit diesem wichtigen Hilfsmittel unterstützen. Es wird beabsichtigt, das bisher verlassene in Kopenhagen eingerichtete Bureau mit Unterstützung der sich anschließenden Länder zu einem allen Kulturländern dienenden Weltabteilungsbüro auszugestalten. Weiter ist geplant, an alle Länder offizielle Einladungen zu einem Weltkongress der Kriminalistenkongress zu lassen.

### Ein Volkseinkauf über die Reichsarbeit.

Wie WTW mitgeteilt wird, soll der Versuch gemacht werden, den Wert und die Bedeutung der demokratischen Partei, bei der Bekämpfung offensichtlich noch nicht begreift ist, im Interesse des inneren Friedens und der Beschäftigung anderer Völker endgültig auf der Welt zu schaffen. Zu diesem Zwecke hat die Deutsche Volkspartei bei den anderen Regierungsparteien angefragt, die Entscheidung der Frage der Wiedererrichtung der schwarz-weiß-roten Flagge durch Volkseinkauf herbeizuführen. Die anderen Regierungsparteien werden zu dieser Angelegenheit nach dem Zukunftsinteresse ihrer Fraktionen Stellung nehmen.

Wir wir hören, haben in den letzten Tagen zwischen führenden Abgeordneten der Deutschen demokratischen Partei, dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei Verhandlungen über diese Frage stattgefunden. Das „V.T.“ schreibt dazu: Die Einführung der schwarz-weiß-roten Fahne ist uns immer als ein Stück politischer Romantik und als eine ganz überflüssige Erleichterung des republikanischen Aufbaues erschienen. Es kommt hinzu, daß es sehr schwierig ist, sich heute eine solche Fahne anzuschaffen, und daß schon aus diesem Grunde große Volkstreue gar nicht in der Lage wären, nach der Verfassungsvorschrift zu flaggen. Wenn also diese Tuch- und Farbenfrage auf demokratischen Wege, durch Volkseinkauf, nur geregelt und die schwarz-weiß-rote Fahne die ebenfalls dem ursprünglichen Reformationsgedanken entsprechend anfangenmäßig weiter eingeführt werden sollte, so würden wir das dem republikanischen Standpunkt aus nur sehr vernünftig finden. Nicht auf äußerliche Symbole, sondern auf den Geist, nicht auf die Farben eines Fahnenzeichens, sondern auf die — leider noch sehr mangelhafte — Durchdringung des Staates mit republikanischen und demokratischen Grundanschauungen kommt es an. Nicht unbedacht darf man allerdings lassen, daß eine Wiedererrichtung der schwarz-weiß-roten Fahne vom Standpunkte mathematisch so gewertet werden würde, als verfinstere nach die deutsche Republik im mehr in die Reaktion. Die Unabhängigen und Kommunisten, die über Schwarz-weiß-roten immer nur geredet und sich mit dem „V.T.“ begnügt haben, werden wohl nicht unterlassen, eine gewisse Mißbilligung in ihrem Sinne auszusprechen, und das Ausland, das in ohnehin durch den Agitationskrieg der Reichsparteien sehr mißtrauisch geworden ist und jeden Maßstab der deutschen Koalitionäre zum Maßstab neuer Zwangsmaßnahmen nimmt, wird geneigt zu sein, diesen Deutungen zu glauben. Schon darum wäre es wünschenswert, daß auch die Sozialdemokratie eine Volksbeiratsung, gegen die ja grundsätzlich kaum etwas eingewendet werden kann, zustimmte. Und es ist ferner nicht nur wünschenswert, sondern dringend notwendig, mit dem Beschluß über die Wahlen einen Beschluß über die Festlegung eines republikanischen Parteizeichens zu verbinden. Und bei der hierüber geeigneten Zeit der Tag, an dem die republikanische Partei eine Sitzung angenommen wurde, erst in den August 1919, in wieweit sollen wir unseren Vorstoß, es möchte wenigstens in dieser Frühling ein republikanisches Parteifest veranstaltet werden, bei dem man dann zum ersten Male die republikanische schwarz-weiß-rote Fahne wehen lassen sollte.

### Widerstand gegen die Kommunistendemonstrationen in Berlin.

WTB. Berlin, 15. Januar. Die „A. Z.“ am Mittag“ meldet, die Kommunisten haben mit der Parole „Heraus aus den Betrieben“ ihre Anhänger aufgefordert, heute nachmittag anfänglich des Tobesanges von Kleinfest und Rosa Luxemburg im Zappenberg zu erscheinen. Bei den Parteimitgliedern sind die aufstrebende Widerstand zu bestehen. Eisenbahner, Post- und Straßenbahner haben die Beteiligung abgelehnt, dagegen wollen sich zahlreiche städtische Arbeiter anschlendern an der Kundgebung beteiligen, so daß damit gerechnet werden muß, daß vorübergehend eine Störung in der Versorgung Berlins mit elektrischem Strom eintritt.

### General Haking Danziger Oberkommissar

Nach einer Meldung aus Genf wird der ernüchterte Oberkommissar für die freie Stadt Danzig, General Haking, am 24. Januar zur Übernahme seiner Amtsgeschäfte in Danzig einreisen. Der bisherige Verwalter dieses Postens, Professor Mitalic, verläßt zwei Tage später Danzig.

### Deutsches Reich, Letztland und Sowjetrußland

Die Vertretung der lettischen Regierung in Berlin ist nach einer Meldung des litauischen Sonderberichterstatters der „Dona“ angeworben worden, künftige wichtige Missionen in Riga wahrzunehmen, besonders an Reichsbedeutung, die in Lettland vorkommende Anzeichen verstehen. Der Vertreter des deutschen Auswärtigen Amtes in Riga, der in erster Linie für die Wiederannahme der Handelsbeziehungen eintritt, ist Dr. Paul Staechler, ist am Mittwoch in Riga angekommen.

Die Meldungen über den Abbruch der Beziehungen zwischen Georgien und Sowjetrußland sind unzutreffend, richtig ist, daß infolge der üblichen Zufälle zwischen beiden Ländern Noten ausgetauscht worden sind. Die in Riga liegende Botschaftsliste ist nach dem russisch-georgianischen Vertrag an Rußland zurückgegeben worden. Da aber zwei Dampfer unter georgischer Flagge noch am Schwarzen Meer überführt worden sind, erklärt Sowjetrußland darin einen Vertragsbruch. Das ist der Grund für den stillen Abbruch.

Die Verhandlungen der russischen Waldarbeiterkommission mit Lettland über die Holzpreise sind im Dynamismus, die im März beginnen soll, finden in Riga statt. Das russische Waldarbeiterkongress in Riga hat fernere angeordnet, daß den Monaten Januar und Februar 500 000 Kub Fuß Holz, 250 000 Kub Fuß Holz und große Mengen Weizen, die für die Ausfuhr nach Lettland bestimmt sind, unter Vorbehalt abtransportiert werden.

Die in Riga vorgesehenen englischen Kapitulationen, die dort eine mechanische Arbeit unterhalten, haben der Sowjetregierung ein Angebot auf Fertigfabrikate gemacht, das von dieser mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, daß die Ware in Deutschland am 30. Dezember billiger zu haben sei.

### Deutsches Reich.

Die Angelegenheit der Denkschrift Ludendorff über den Weltkriegsausgang erhält jetzt ihre Zulassung durch eine Zulassung des Reichskriegsministeriums an die „Mittl.“, August „Mittl.“, in der es heißt: „Von Vertretern der Entente ist mit gegnerischer Übermacht der Wunsch geäußert worden, die militärisch-moralischen Ansichten des Generals Ludendorff über die aus dem Osten drohende Gefahr eingehend kennen zu lernen. Ich habe daraufhin die militärische Lage mit dem General Ludendorff durchgeprochen, das Resultat dieser Besprechungen niederschreiben und General Ludendorff hat mir auf meinen Wunsch schriftlich bezeugt, daß die von mir am 8. Dezember 1920 verfaßte Denkschrift seinen Ansichten entpreche. Da habe die Denkschrift dann an die Entente weitergegeben. Die Verantwortung übernehme ich vollkommen und allein. Ich tue das umso lieber, als die Denkschrift nicht unbedeutend wichtige Nachrichten mit denen in England für Deutschland günstig gewirkt hat. Die Denkschrift ist ein rein militärisch-moralisches Gutachten und ist nicht unbedeutend. General Ludendorff bewußt ab, daß es bei der Abfassung der Denkschrift und infolge der Sachverhalte immer noch die Auffassung möglich ist, daß die Entente imstande ist, die Maßnahmen gegen den Bolschewismus zu treffen. Es scheint das umso schwerer, als die Bekämpfung Deutschlands durch die Entente noch immer andauert. General Ludendorff hat daher die Lage Deutschlands und Europas als sehr ernst an.“

Infolge des überflüssigen Verkehrs hat heute der Postverkehr mit Oesterreich geipert werden müssen. Der Telegraph- und Fernsprechverkehr mit Wien ist seit heute vormittag unterbrochen.

### Auslands-Rundschau.

Schwere Ausrichtungen in Argentinien. Die Reiter aus Buenos Aires meldet, hat die Regierung Truppen nach Unta Cruz entsandt, da dort von Streifen und Banditen schwere Ausschreitungen gegen die dortigen Landwirte verübt werden. Ein englischer Kreuzer ist von Montevideo nach Mar del Plata abgegangen.

### Provinzial-Nachrichten.

Merseburg, 15. Jan. (Betriebsdirektor Hefemeyer) der Kleinbahn Bismarck-Gabelungen-Blitzungen ist vom Provinzialparlament als Landes-Kleinbahndirektor gewählt worden. Er verläßt demnach am 1. Februar seinen bisherigen Posten als Betriebsdirektor der Kleinbahn Bismarck-Gabelungen-Blitzungen.

Stettin, 14. Jan. (Der 18. Januar) soll hier durch einen gemeinsamen Kommerz der gesamten Bürgerzeitung beantragen werden. Die Studentenschaft des Friedrich-Wilhelms-Universität plant den Tag der Weidgänger nach hundertjähriger Zeit durch einen Fackelzug festlich zu begehen. Sie sind aber nicht die Zustimmung der Hochschulverwaltung, welche befristet, die Studentenschaft könne an dem Fackelzug Anstoß nehmen, so daß alle die Fackelträger entlassen könnten. Sie gab daher der Vertretung der Studentenschaft anheim, sich von den Studentenrat zu trennen. Der Studentenschaft hat sich jedoch weigert, die Fackelträger zu lassen, daß diese gegen die Veranstaltung keine Bedenken hätte. Die Studentenschaft als solche wird dem Fackelzug kaum Schwierigkeiten bereiten, diese wären nur von den „Streuer der Straße“, dem Janaball, zu erwarten.

Stettin, 14. Jan. (Am 11. 000 000 Mark an der Provinzialparlament der Provinz Pommern hat sich entschieden der Firma Salomon in Berlin-Mitte 2000 Kilogramm Weizen zu liefern. Die Besetzung sollte nach Vereinbarung gegen Vorleistung eines Prohibitiv-Doppels und anderer Unterlagen durch die heilige Kreisparlament erfolgen. Unter Vorlage der entsprechenden Papiere sollte die Sparte die Weizenlieferung von 11 875 Mark. Die Besetzung hat sich jedoch weigert, das die es unterlassen für die Zahlung vorzulegen. Die Preise festgesetzt waren und Biermann die Ware gar nicht haben, so daß es nicht abliefern konnte. Als der Schwindel entdeckt wurde, war Biermann bereits flüchtig.

Kassel, 14. Jan. (Günstiger Abschied des Stadttheaters der Kassel. Der Abschied der Stadtverwaltung eine Besetzung gegeben, in der es unter anderem heißt: Die Leitung des Theaters hat es zweifellos verstanden, unter Theater weit über den Rahmen einer Provinzialtheater hinauszuweisen. Die guten Leistungen haben ihren Ausdruck und zugleich ihre Anerkennung durch den Beschluß des Stadtrates. Die Stadtverwaltung hat sich für die Leistungen der Theaterkommission in höheren Reaktionen zum Ausdruck, die zur Folge haben werden, daß, wenn sich nicht noch unvorhergesehene Schwierigkeiten einstellen, der für das Theater vorgesehene Zuschuß vorläufig in voller Höhe bei meiner nicht zurückgehalten wird. Die Stadtverwaltung hat sich jedoch weigert, das an jalouser Stelle geipert wurde, wenn die Mittel zur Fortführung des Theaters verlagert werden. Eine Stätte muß erhalten bleiben, die unterer Bevölkerung Gelegenheit bietet, sich aus moralischer und hitziger Not zu befreien, die der Art und Weise der Kasselmer Bevölkerung gefolgt gesehen hat und die es ihr ermöglicht, sich in geistiger und kultureller Beziehung zu bilden und herauszuheben aus der Zeit der Not. Der Theaterauswuchs hat daher beschließen, dem Magistrat die Fortführung des Theaters unter den gleichen Verhältnissen wie bisher vorzuschlagen.

Münster, 15. Jan. (Der Städtische) der im November 1918 der Gemeinde Blumberg bei Münster der Stadtverwaltung des sozialistischen Reichers Ritterbüchle ausgedrückt hat, hat weitere Reize zugehen und nunmehr auch in anderen Gemeinden der Kreise Logau und Liebenwerda eingeleitet. Donnerstag begann er auch in unserer Stadt.

Münster, 15. Jan. (Ueber den Preis eines neuen Geleitzugs) der Provinzialparlament der Provinz Westfalen ist jetzt eine Verhandlung mit den Arbeitern der Continental-Gesellschaft für elektrische Unternehmungen A.G. in Münster und der Stadtgemeinde erzielt. Die Gesellschaft, die sich 25 Millionen Mark verleiht, bekommt als Gegenleistung die ersten 100 000 Mark.

Münster, 15. Jan. (Ein Riesenmehlsack) Die Stadtverwaltung der Provinz Westfalen hat die Riesenmehlsack auf dem Gelände zwischen Neuem Theater und Hauptbahnhof. Die Fläche umfaßt 32 000 Quadratmeter und ist 30 Millionen Mark wert. Der Mehlsack soll etwa 2000 Kubikmeter, 1000 Geleitzugs, 4000 Kubikmeter, 2000 Kubikmeter und 1000 Kubikmeter Quadratmeter Veranlagungstermin und ist zwei Jahre lang, Kasse, Kino und Spielplatz, komfortablen ruffigen Geragen und Wasserleitungen Raum bieten. Die Baufläche wird mit 30 Jahre jährlichen Rente mit 200 000 Quadratmeter Ausleihungszahlung und ca. 500 000 Quadratmeter Bodenfläche bekannt werden.

Münster, 15. Jan. (Eiliges Aufheben) Die Provinzialparlament der Provinz Westfalen hat beschlossen, die Riesenmehlsack mit dem Datum 24. Juni 1920 zu schließen.